

zeitschrift für die
sozialistische jugend deutschland
» die falke «
landesverband berlin
herausgegeben vom
arbeitskreis für publizistik

5 april 04

radikal



Wir nennen die Zeitschrift nicht deswegen „radikal“, weil wir jugendliche Hitzköpfe sind, denen nichts rasch genug gehen kann, sondern:

Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.

Karl Marx in der Einleitung zur
„Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“

Einge Forderungen an die Landeskonferenz

Am wichtigsten erscheint uns die Kritik an der Konzeptionslosigkeit des Landesvorstandes (also auch der Ringe) in pädagogischen und politischen Fragen.

Da etikettiert jeder seine Pädagogik als sozialistisch, auch wenn es sich um reine Bezirksamts-Jugendpädagogik handelt.

Da distanziert man sich von Reden und zieht Wahrheiten als falsch zurück.

Da werden 12000 Exemplare der „SJ“ an alle Welt verschickt, in denen außer Einladungen zu Seminaren nichts steht, und andererseits wird gesagt, daß für die Herausgabe eines periodisch erscheinenden Blattes kein Geld da sei.

Da ist die Rede davon, daß der Verband „in einem langfristigen Umwandlungsprozeß begriffen ist“ (A. Gleitze, Konferenzbericht), eine Vorstellung wie der Verband danach aussehen sollte, ist nicht vorhanden.

Daraus ergibt sich unserer Meinung nach:

1. Da der Landesvorstand ehrenamtlich arbeitet und deshalb nicht über die nötige Zeit verfügt die „SJ“ herauszugeben und die Gruppen und Kreise durch die Ausarbeitung von Arbeitsmaterial zu unterstützen, sollte ein besoldeter Landessekretär angestellt werden.
2. Der neue Landesvorstand sollte zur Bildung eines Kontaktausschusses mit anderen linken Organisationen (DGB-Jugend, Naturfreunde-Jugend, SDS, SHB usw.) die Initiative ergreifen.
3. Die Bildung eines Arbeitskreises, der die Situation und Entwicklungsmöglichkeiten des „Westens“, des „Ostens“ und der „Entwicklungsländer“ diskutiert und die Arbeitsergebnisse veröffentlicht.
4. Diskussion über pädagogische Arbeit in Zeltlagern.
5. Unterstützung aller Bestrebungen (z. B. des Ostermarsches und des DGB in der Ablehnung der Notstandsgesetze) die den totalitären Tendenzen in der Bundesrepublik entgegenarbeiten.

Nun erscheint seit fast einem Jahr unsere Zeitschrift. Wenn wir die bisher erschienenen vier Hefte durchblättern, so erscheint sie uns als getreulich Spiegel der Arbeit des vergangenen Jahres. Kaum eine größere Aktion des Verbandes ging vorüber, ohne daß wir darüber berichteten. Wir haben eine Funktion zu erfüllen, die eigentlich dem Landesvorstand gebührt. Denn die Auswertung von Aktionen ist ebenso wichtig wie deren Durchführung. Wir würden uns freuen, wenn endlich das uns gegebene Versprechen eingehalten würde, die SJ regelmäßig erscheinen zu lassen. Sie sollte dann allerdings nicht allein mit Terminen gefüllt werden, sondern mithelfen, unseren Verband kritischer zu machen.

Kritik kommt aus dem Griechischen und heißt „Beurteilung, Prüfung, Urteilsvermögen“. Es wäre wünschenswert, würden diese Fähigkeiten in unserem Verband gefragt sein. Ab und zu wird der Versuch unternommen, kritisch Probleme zu betrachten. Es wurde z. B. in den Ratskeller Schöneberg eingeladen, um das vergangene Sommerlager in Füssen auszuwerten. Man rührte dort nur an der Oberfläche. Man stellte in der Diskussion nicht die Institution der Zeltlager in Frage, um den Erfolg dieser Maßnahme zu überprüfen. Man stellte sich nicht die Frage, ob mit pädagogisch und politisch schlecht ausgebildeten Mitarbeitern mit Hilfe der Zeltlager wirklich ein uns freundlich gesonnenes Klima in der Öffentlichkeit entstehen könne. Es genügt nicht zufrieden zu sein, daß technisch alles geklappt hat und alle Teilnehmer lebend wieder nach Hause gekommen sind.

Wie weit kann bei der gegenwärtig vorhandenen Form der Zeltlager erreicht werden, daß die Jugendlichen in dem oben erwähnten Sinn kritisch gestimmt werden?

Die mangelnde Substanz unseres Verbandes zeigt sich am entgegengesetzten Beispiel. Manfred Rexin versucht in seinen Gesprächen im Haus in Tempelhof etwas zu bieten, das einmal heraus aus der Enge unseres Verbandes führen soll. Er bietet Themen wie „Konzentration und Machtballung in der Industrie“ und „Die Situation in der DDR“ an und versteht, fesselnd zu reden. Doch von einigen tausend Angesprochenen fühlen sich nur 10—15 angesprochen und kommen. Die Sozialistische Jugend ist einer der wenigen Orte, wo offen die Probleme unserer gesellschaftlichen Entwicklung diskutiert werden könnten. Was aber so deprimiert, ist, daß eben kaum diskutiert wird.

Wir wissen, daß es schwierig ist zu diskutieren. Unsere Umwelt hat dafür gesorgt, daß wir der Auseinandersetzung mit politischen Fragen entwöhnt sind.

Wir brauchen aber Menschen, die die Entwicklung der Welt, ihre Krisenherde in Zypern und das Aufflackern von Meutereien in Uganda, die Liberalisierungstendenzen in Osteuropa ebenso wie die Haltung der Bundesregierung zur Passierscheinfrage deuten können. Wir brauchen Menschen, die wissen und urteilen können.

Wäre das nicht eine Aufgabe für unseren Verband?

Um Mißverständnisse auszusräumen: Es ist nicht unser — d. h. der Personen und der mit ihnen befreundeten Gruppen — Ziel, eine Organisation von Theoretisierern zu schaffen. Dann wäre der Verband zum Untergang verurteilt. Lebendig ist er erst durch die Vielzahl von Formen, die in ihm vereinigt sind. Dazu gehören eben der Party Club, der Square-Dance-Kreis und die Sport- und Bastelgruppe. Und nicht zuletzt das Zeltlager.

Nur — und das ist die Quintessenz beim „Betrachten der Situation des Verbandes“ — kommt es auf die Schaffung eines Schwerpunktes an. Wo er unserer Vorstellung nach liegen sollte, haben wir eben skizziert.



Kontinuität oder Starrheit

Es fehlt uns selbstverständlich an internen Einblicken. Wir berufen uns auf statistische Daten, um zu zeigen, daß unser Verband seit Jahren von einer Funktionärsschicht gelenkt wird. Kontinuierliche Arbeit muß gewährleistet werden — klar. Es erscheint uns aber als Schwäche, wenn einige Funktionäre mehrere Jahre hindurch dasselbe Amt bekleiden, ohne einen die Kontinuität sichernden jüngeren Nachfolger gefunden zu haben. Wir wissen, daß Ämter und Funktionen mit der Zeit auf ihre Inhaber zurückwirken.

Sehen wir uns den Landesvorstand des vergangenen Jahres an: *Alfred Gleitze* war im Jahre 1956 RF-Ringbeisitzer im LV, dann widmete er dem Kreis Steglitz als Kreisvorsitzender seine Aufmerksamkeit, im Jahre 1960 kandidierte er erfolgreich für den 2. Vorsitzenden, um sich unter dem Schutz des Patriarchen *Ristock* langsam in die Funktion des 1. Vorsitzenden hineinzuarbeiten. Im Jahre 1962 hielt er eine die Parteioffiziellen beunruhigende Rede und verzichtete auf die Kandidatur für den 2. Vorsitzenden, weil die Partei eine andere Regelung als Affront angesehen hätte. 1963 endlich mit *Gipsbein* und beim 2. Anlauf kam *Alfred Gleitze* als 1. Vorsitzender durch. 1964 wird er bei der 1. Konferenz durchkommen, weil bis jetzt immer noch kein aussichtsreicher Gegenkandidat vorhanden ist.

Hanns Kirchner war 1960 unter dem SJ-Ringleiter *Manfred Wetzel* zusammen mit *W. Schulze* und *W. Götsch* im SJ-Ringvorstand. Dann war er nur noch Kreisvorsitzender in *Zehlendorf*. 1963 war er unter *Ristock* im SJ-Ring. Nachdem *Genosse Pinkall* als 2. Vorsitzender gegangen wurde, arrivierte er stillschweigend zum 2. Vorsitzenden — sozusagen im voraus. *Kirchner* konnte wegen seiner besonderen Stellung beim Senat bisher an keiner Ost-Gedenkfahrt teilnehmen.

Harry Ristock war jahrelang 1. Vorsitzender (seit 54). Letztes Jahr gab er diese Funktion an *A. Gleitze* ab und wurde SJ-Ringleiter. Es ist anzunehmen, daß er auch in diesem Jahr nicht auf eine Tätigkeit im SJ-Ringvorstand verzichten wird. Ristock schuf die „Landesverbandslinie“.

Manfred Rexin ist relativ unabhängig, wie er selbst sagt, ein „fairer Linker“ (radikal nr. 2) innerhalb des Verbandes. Er ist 1963 erstmalig im SJ-Ringvorstand gewesen und hat für das Bildungsprogramm wertvolle Anregungen gegeben. Einige Veranstaltungen sind seiner Initiative zu verdanken.

Gunther Soukup hat 1961 und 1963 im SJ-Ringvorstand gearbeitet. In der Zwischenzeit war er im Wilmersdorfer Kreisvorstand aktiv. Im letzten Jahr hatte er das Pech (glücklicherweise als erster) eine „mißliche“ Rede auszuarbeiten. Er wird außerdem von gewissen Genossen als „musisch“ abgewertet.

Die Genossen *Fetcke* und *Sahnwald* kamen 1961 als Beisitzer in den RF-Ringvorstand unter dem RF-Ringleiter *W. Odebrecht*. Genosse *Fetcke* ist bis jetzt im RF-Ringvorstand und gleichzeitig als Kreisvorsitzender von *Wedding* tätig. *Elke Sahnwald* hat die Absicht für den SJ-Ringvorstand zu kandidieren. Bei einer eventuellen Wahl wäre sie nach gut 10 Jahren das erste weibliche SJ-Ringvorstandsmitglied.

Karin Hübner ist Alt-Sekretärin des Landessekretariats. Sie war 1962 und 1963 im RF-Ringvorstand. Außerdem ist sie jetzt bei der SPD-Fraktion im Rathaus *Schöneberg* tätig.

Gunnar Fahlke taucht 1963 erstmalig und als RF-Ringleiter auf. Er ist Kreisvorsitzender in *Tempelhof*.

Edith Töpfer ist seit 1960 im F-Ringvorstand, seit 1962 ist sie Ringleiterin. Sie ist wie *Helga Blümel*, die seit 1962 im F-Ringvorstand ist, treu auf Landesverbandslinie.

Rosemarie Raschik fiel „unangenehm“ auf, als sie eine Pro-Soukup und Pro-Pinkall-Stellung bezog. Sie wird daher nicht wiedergewählt werden. *Ernst Ebel* fiel nicht auf. Er debütierte auch erst 1963. Einige langjährige Funktionäre haben Hoffnungen in diesem Jahr Landesvorstandsmitglieder zu werden, so *Jürgen Dittner*, der 1956 bis 1958 im RF-Ringvorstand war und dann seine Positionen im Haus *Tempelhof* und im Kreis *Spandau* festigte. Da das Haus *Tempelhof* mit dem Jahre 1964 in Gemeineigentum übergang, hofft *Jürgen Dittner*, durch eine LV-Funktion entschädigt zu werden.

Weitere Funktionäre machen sich Hoffnungen, Funktionen zu erringen wie der altbewährte *Peter Weiß*, der bereits 1953 LV-Mitglied war — und wie *W. Schulze*, der ebenfalls einige Jahre dem LV angehörte.

Entwicklungstendenz:

Alfred Gleitze und Hanns Kirchner haben ihre Stärken auf den Sek-

toren der Organisation von Großaktionen und der Werbung. Ihre politischen Äußerungen werden leider selten den Ansprüchen eines sozialistischen Jugendverbandes gerecht. Sie werden aber den Verband entscheidend beeinflussen. Neben dieser Landesverbandslinie werden einige sogenannte Sektierergruppen, d. h. Gruppen, die politische Bildung der „Bewegung-ist-alles“-Politik vorziehen, existieren. Beide Gruppierungen werden noch weniger Verbindung haben als heute. Die sinnvolle Synthese zwischen beiden Gruppen wird kaum in absehbarer Zeit erfolgen. Die Tendenz, die politische linke Minderheit zu isolieren, scheint zuzunehmen, wie bereits die Kreisdelegiertenkonferenz in einigen Kreisen zeigt.



Parlamentarische Demokratie heute

Wir wollen hier nicht die Frage stellen, ob die Form unserer heutigen Demokratie eine wirkliche Möglichkeit einer Volksherrschaft darstellt, sondern wir wollen versuchen, den Parlamentarismus in der Bundesrepublik an einigen seiner eigenen Voraussetzungen und Forderungen zu werten.

Diese sind:

1. Das Parlament kontrolliert die Exekutive.
2. Die Parlamentarier nehmen ihre Aufgabe als Repräsentanten des Volkes wahr.
3. Bei ungenügender Repräsentation hat der Bürger die Möglichkeit, durch entsprechenden Wahlentscheid seine Repräsentanten zu wechseln.

1. Obwohl es gerade in letzter Zeit in der Bundesrepublik zu einigen Spannungen zwischen Parlament und Regierung kam, sprechen doch lange Jahre Bonner Erfahrung dafür, daß bei der engen Verkettung zwischen Parlament und Regierung solche Spannungen sich durch geschicktere Vorverhandlungen ausschalten lassen. Allenfalls muß man der kleineren Koalitionspartei bestimmte Zugeständnisse machen. Man wird bei Gesetzentwürfen Vorschläge, die aus den Parlements-ausschüssen kommen, aufgreifen, um sie dann im Plenum reibungslos über die Bühne zu bringen. Bei dem herrschenden Fraktionszwang werden Plenarsitzungen zu Kopfzählungen. Vom eigentlichen Gesetzgeber, vom Parlament, kommen von Jahr zu Jahr weniger Gesetzesvorlagen; die einzelnen Fraktionen wären wahrscheinlich auch zu überlastet, um komplizierte Gesetzentwürfe vorzubereiten.

Die Gesetzgebung und die Aufstellung des Haushaltsplanes ist also weitgehend ein Miteinanderwirken von Regierung und Regierungs-

Koalition bei ihm und wieder auftauchender Opposition. Das Parlament hat weiterhin das Recht, das Verhalten von Exekutivorganen im einzelnen zu kontrollieren und macht davon auch in Fragestunden, Untersuchungsausschüssen usw. Gebrauch. Diese parlamentarischen Mittel werden allerdings oft erst nach entsprechenden Presseveröffentlichungen angewandt. Das weitverzweigte Wirken der Verwaltung ist für den Parlamentarier zu unübersichtlich geworden, als daß er noch den zur Kontrolle nötigen Überblick hätte.

2. Wie steht es dann aber mit der Fähigkeit jedes einzelnen Bürgers, das Geschehen im Staat zu überblicken? Ist er zum Beispiel in der Lage, beurteilen zu können, ob ein Steuergesetz für ihn persönlich vorteilhaft ist — welche Folgen es im gesamtwirtschaftlichen Bereich hat? Er wird sich auf das Urteil von Fachleuten verlassen müssen, die in der Diskussion ihre Gruppeninteressen vertreten. Eigentlich hätte die Presse hier die Aufgabe aufzuklären und zu informieren, teilweise tut sie es — nur ist das eben nicht jener Teil der Presse, den Otto Normalverbraucher liest. Es gibt also eine deutliche Diskrepanz zwischen den Bürgern und „denen da droben, die ja doch machen, was sie wollen“.

3. Herr Normalverbraucher soll nun also durch seinen Wahlscheid bestimmen, wer im Parlament sitzt. Diese Entscheidung wird in „geordnete“ Bahnen dadurch gelenkt, daß sie durch die 5%-Klausel und die staatliche Finanzierung monopolisierten Parteien innerhalb ihrer Gremien Kandidaten aufstellen. Von einigen lokalen Ausnahmen abgesehen, gibt es keine andere Möglichkeit der Kandidatur.

Während nun früher die Parteien noch versuchten, ihre politischen Vorstellungen und Ziele dem Bürger klarzumachen — also seine Vernunft, sein Interesse als Arbeiter oder als Unternehmer, als Unverheirateter oder als Familienvater, als Rentner, Bauer oder was auch immer, anzusprechen, sind heute auch in die Politik die Methoden der Zigarettenreklame eingezogen. Man hat eingesehen, daß die meisten Bürger längst nicht mehr daran gewöhnt sind, eigenverantwortlich zu entscheiden und lockt mit überlebensgroßen Plakaten und Slogans, mit Shows und Fernsehfilmen. Die Anwendung derartiger Mittel allein zeigt, wie die Parteien die Wahlmündigkeit des Normalverbrauchers einschätzen.

Wenn also heute das Parlament nicht mehr die Regierung kontrolliert, das Volk nicht mehr das Parlament — wo werden dann Entscheidungen getroffen? Nach Art. 21 Grundgesetz wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Beispiele dazu wurden schon genannt. Wie sieht nun diese Mitwirkung aus, gibt es innerhalb der Parteien wenigstens die Möglichkeiten, die innerhalb der Gesamtdemokratie so offensichtlich fehlen? Findet hier Willensbildung von unten nach oben statt? Können sich Meinung und Gemeinmeinung mit Aussicht auf Realisierung entwickeln?

Aus eigener Erfahrung werden wir Antwort auf diese Fragen nur bei der Sozialdemokratischen Partei geben können. Sie mag hier — und das ist sicher nicht ohne Abstriche gültig — als beispielhaft für die anderen Parteien stehen. Was heißt hier von unten nach oben entscheiden? In den kleinsten Gremien der Partei, in den Abteilungen, ist die politische Diskussion fast ausgestorben. Ständige Diskussion zu entscheidender Probleme von der multilateralen Atomrüstung bis zur Konfessionsschule ist aber Voraussetzung für eine qualifizierte Meinungsbildung.

Der Grund für diese Verödung der Abteilungen wird nicht zuletzt in der Struktur der Partei zu finden sein. Parteimitglieder aus Gründen der Karriere im öffentlichen Dienst haben an Grundsatzdiskussionen kein Interesse, beherrschen aber die Abteilungsversammlungen. Die Initiative aus den unteren Gremien fehlt also — den höheren kann Kritik von unten her nur unangenehm sein. Beginnt sich trotz dieser Schwierigkeiten irgendwo ein Grüppchen unzufriedener Genossen zu organisieren, wird dies von oben systematisch unterdrückt. Über einen Parteitag der Berliner SPD durften in den Abteilungen nur linientreue Parteifunktionäre berichten, das Delegiertenwahlsystem läßt es zu, daß knappe Mehrheiten bedeutende Minderheiten unterdrücken und der in jüngster Zeit gefaßte — an Lenins Parteipraxis im Jahre 1921 erinnernde — Antifraktionsbeschluß läßt organisierte Meinungsbildung von Minderheiten nicht mehr zu.

Man läßt — auch hierin getreues Abbild der Gesellschaft — ungefähliche Ventile für die Unzufriedenen zu, wie zum Beispiel den Marxistischen Arbeitskreis. Zu den Aussagen führender Politiker in der Öffentlichkeit tragen solche Gremien nichts bei. Diese werden vielmehr je nach dem Ergebnis der letzten Repräsentativumfrage mit einem Quentchen mehr Gesellschaftskritik oder einer Prise weniger nichtssagender Schönschwätzeri garniert.

Verselbständigung des Apparats

Es gibt in der kapitalistischen Gesellschaft einander entgegengesetzte Interessen. Am auffälligsten zeigt sich dieser Gegensatz an zwei Personengruppen: an denen, die die Produktionsmittel besitzen und folglich die Schalthebel von Wirtschaft und Politik bedienen und an denen, die keine Produktionsmittel haben und die, entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, ihren gesellschaftlichen Einfluß vermehren wollen.

Um die verschiedenen Interessen auch vertreten und durchsetzen zu können, sind Organisationen nötig, d. h. die Vereinigung vieler einzelner Willen zu einem Gesamtwillen. Die Kapitalisten verfügen zu

diesem Zweck z. B. über die Arbeitgeberverbände, über politische Parteien, studentische Korporationen, Nachrichtendienste usw. und benutzen als Hilfs- und Bestechungsmittel das Geld und das Zuschanzen von gesellschaftlichen Positionen.

Die andere Seite, die uns auch künftig bei der Betrachtung dieses Themas nur noch als die uns nahestehende Gruppe interessieren wird, hat an Organisationen ebenfalls Parteien, aber auch Gewerkschaften, Konsumvereine, Jugendverbände, Mieterbünde, u. a. zur Verfügung und könnte als wichtigstes Hilfsmittel die Solidarität ihrer Angehörigen in Anspruch nehmen. Gerade bei Maßregelungen einzelner Kollegen im Betrieb überrascht es immer wieder, wie die übrigen Kollegen ihm beistehen, notfalls mit einem Streik. Denn sie wissen, daß ihnen das gleiche jederzeit selbst passieren kann, wenn sie solchen Übergriffen keinen Widerstand entgegensetzen. Wir können, an diesem Punkt angelangt, verallgemeinernd sagen: Die kapitalistische Gesellschaft ist ohne Vorhandensein von Organisationen nicht denkbar.

Jede Organisation braucht Menschen, die den Willen der Mitglieder nach außen vertreten. Da gerade in den Organisationen der Arbeiterschaft viele Menschen sind, denen von der Gesellschaft verwehrt wird, die höhere Schule zu besuchen und denen die Fähigkeit fehlt, sich gewandt in Wort und Schrift auszudrücken, werden von den Arbeitern als ihre Vertreter oft Intellektuelle, kleinere Gewerbetreibende und Verwaltungsbeamte gewählt. Diese, zwar Mitglieder von Arbeiterorganisationen, haben selten die Lage eines Arbeiters wirklich kennengelernt. Sie haben sich aus allgemein humanitären Überlegungen oder wie im Fall von Verwaltungsbeamten aus Karrieregründen der Arbeiterbewegung angeschlossen und haben nur sehr selten ein Interesse an einer Umgestaltung der Gesellschaft. Die konservative Haltung dieser Arbeitervertreter wird noch verstärkt, wenn sie die Verantwortung für eine Organisation zu tragen haben. Sie möchten sie nicht gern der Gefahr aussetzen, daß sie als Folge von Klassenauseinandersetzungen zerstört wird. Berühmterberühmt ist das Zitat von Eduard Bernstein, einem sozialdemokratischen Theoretiker. Er hat bereits 1898 geschrieben: „Das Endziel, was es immer sei, ist mir Nichts, die Bewegung Alles.“

Um die Organisation zu erhalten, werden eine Reihe von Personen benötigt: Vorsitzende, Sekretäre, Kassierer, Schriftführer usw., aber auch z. B. Journalisten für die Parteipresse. Diese Angestellten und Funktionäre der Partei bilden ein weiteres konservatives Element. Sie können kaum ein Interesse daran haben, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Sie haben sich ein gewisses Ansehen in der Öffentlichkeit erarbeitet, sie werden geachtet als Repräsentanten ihrer Partei und sie haben nicht zuletzt eine Familie, auf die sie Rücksicht zu nehmen haben.

Es gibt innerhalb der Arbeiterorganisationen natürlich ein System,

das den Tendenzen der konservativen Erstarrung entgegenarbeiten soll: das der demokratischen Wahlen.

In einem gewissen Turnus sind die Organisationen auf Grund ihrer Satzung gehalten, ihre Führer zur Diskussion zu stellen und sie entweder in ihrem Amt zu bestätigen oder sie gegen andere Personen auszutauschen.

Dabei ist es für Opponenten sehr schwierig, in einem Kampf von unten die augenblicklichen Führer zu stürzen. Wenn einer der Führer sowieso zurücktreten wollte oder wenn er den Interessen der Organisation in einem besonders schwerwiegenden Maß zuwidergehandelt hat, besteht die Möglichkeit, sonst kaum. Während Führer in einem gewissen Umfang tabu sind und es in der Mitgliedschaft auf Unwillen stößt wenn sie kritisiert werden, ist dieses Hindernis der Opposition gegenüber nicht vorhanden. Strafos dürfen die Führer die Opponenten persönlich beleidigen oder sie politisch verdächtigen. Außerdem sitzen die Führer organisatorisch am längeren Hebel. Sie können Maßnahmen und Strafen, wie Funktionsverbot, Fraktionsverbot oder sogar Ausschluß aus der Organisation verhängen. Sie haben größere finanzielle Mittel zur Verfügung und können mit deren Hilfe organisiert Feldzüge gegen die Opposition durchführen.

Aus diesen objektiven und subjektiven Gründen bilden sich die Organisationen der Arbeiterbewegung meist zu unbeweglichen bürokratischen Apparaten zurück. Sie können dann gesellschaftliche Krisen nicht zum Vorteil der Arbeiter ausnützen und versagen kläglich. Siehe die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten 1914, siehe das kampflöse Zurückweichen vor dem Nationalsozialismus 1932/33.

Eine moralisch starke Führung der Arbeiter versucht, die Massen auf ihr Niveau zu heben. Sie bekämpft, um beim Beispiel der Kriegskredite zu bleiben, den Krieg und kämpft für internationale Arbeiterverbrüderung. Sie setzt sich, notfalls auch auf die Gefahr der Zerschlagung des Apparates, an die Spitze der Antikriegsbewegung. Die Bürokratie macht es umgekehrt. Sie läßt sich von der Massenströmung mitziehen. Um die Existenz des Apparates zu erhalten, wird sie prinzipienlos allen Strömungen in den Massen nachgeben und z. B. für Kriegskredite stimmen. Denn zu dieser Zeit war Deutschland, also auch die Arbeiterschaft, von einer Welle chauvinistischer Kriegsbereitschaft erfüllt.

Wie könnte diesem Konservatismus entgegengearbeitet werden? Eine der ersten Forderungen wäre, solche Führer zu wählen, die moralisch und theoretisch die Gewähr bieten, einer bürokratischen Entwicklung Widerstand zu leisten. Darauf kann man sich leider nicht verlassen und sehr viel wichtiger wären strukturelle Veränderungen der Arbeiterorganisationen:

Führer durch andere Personen ersetzt werden. Es geht nicht an, daß gewisse Führer auf Verbandspositionen ihr halbes Leben abonniert sind.

2. Es sollte offiziell die Bildung von Fraktionen zugelassen sein. Diese Fraktionen sollten ihrer Größe entsprechend in der Leitung der Organisation vertreten sein.

3. Es sollte in größerem Umfang als bisher dafür gesorgt werden, daß Mitglieder aus der Arbeiterschaft an der Führung der Organisation beteiligt sind.



Lob des Lernens

Lerne das Einfachste! Für die,
deren Zeit gekommen ist,
ist es nie zu spät!
Lerne das ABC, es genügt nicht, aber
lerne es! Lasse es dich nicht verdrießen!
Fang an! Du mußt alles wissen!
Du mußt die Führung übernehmen.

Lerne, Mann im Asyl!
Lerne, Mann im Gefängnis!
Lerne, Frau in der Küche!
Lerne, Sechzigjährige!
Du mußt die Führung übernehmen.
Suche die Schule auf, Obdachloser!
Verschaffe dir Wissen, Frierender!
Hungriger, greif nach dem Buch: es ist eine Waffe.
Du mußt die Führung übernehmen.

Scheue dich nicht zu fragen, Genosse!
Laß dir nichts einreden,
sieh selber nach!
Was du nicht selber weißt,
weiß du nicht.
Prüfe die Rechnung,
du mußt sie bezahlen.
Lege den Finger auf jeden Posten,
frage: Wie kommt er hierher?
Du mußt die Führung übernehmen.

Ueber das Motto der Landeskongferenz

Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale formaler Gleichheit und Freiheit.

Nicht um diese zu verwerfen, sondern um dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen.

Rosa Luxemburg

Die formale Demokratie ist nichts anderes als die bürgerliche Demokratie. Diese kann nur formal sein, da sie auf soziale Ungleichheit angewiesen ist, um zu existieren. Sie ist nach wie vor die Demokratie einer Klasse, nennen wir sie nun Arbeitgeber, Unternehmer oder Kapitalisten. Das Bürgertum hat die formale Gegnerschaft als Ausdruck seiner Demokratie zugelassen. Wehe aber, wenn die formale Gegnerschaft zur realen wird, dann zeigt diese Demokratie ihren Klassencharakter, dann zeigt sie, daß sie nicht gewillt ist, freiwillig die Macht aus den Händen zu geben. Dann werden die nur für die Verteidigung nach „Außen“ gedachten Truppen gegen den inneren Feind — gegen die Arbeiter — eingesetzt.

Die nicht machtpolitisch wirksam werdende Organisationsfreiheit in der bürgerlichen Demokratie ist das Ventil, durch das der Überdruck der sozialen Unzufriedenheit entweichen kann. Wir alle sind täglich Zeugen der Ventiläuerungen außerhalb von Organisationen, z. B. der Reden der Frauen, die über höhere Preise schimpfen, der Arbeiter, die über die Ausbeutung, über die Arbeitsbedingungen schimpfen, der Angestellten, der Beamten, die im Schichtendenken gefangen, ihren sozialen Status gefährdet sehen und schimpfen. Diese Ventiläuerungen führen noch nicht zur Inhaftierung. Sie können allerdings die materielle Grundlage des Lebens für den Betroffenen gefährden z. B. durch Verminderung bzw. Verhinderung der erwerbsmäßigen Aufstiegsmöglichkeiten und bei Verschlechterung der Konjunktur Verlust des Arbeitsplatzes. (Ein aktuelles Beispiel ist der Fall des Bergarbeiters Max von der Grün, der auf Grund eines Romans von mehreren Industriebetrieben abgewiesen wurde!)

Diese verlogene bürgerliche Demokratie wurde einst von einer ganzen Partei — als Führerin der Arbeiterklasse — durchschaut. (Arbeiter bitten wir als Menschen zu verstehen, die um leben zu können, gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.) Als Parlamentarier machte sich der klassenbewußte Arbeiter über den eigenen Wirkungsgrad, die Gesellschaft zu ändern, nichts vor. Die Erkenntnis, daß wirtschaftliche Macht politische Macht ist, wurde nicht geleugnet und entsprechende Forderungen gestellt, wie Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien. Im luxemburgischen Sinn kämpfte man später darum, die formale Demokratie in eine reale zu verwandeln, den herben Kern zu einem süßen zu machen. — Von der Umwandlung scheinen wir immer noch weit entfernt zu sein.

Im Laufe der Entwicklung bot die SPD, in der bürgerlichen Gesellschaft unter Druck gesetzt, dieser nicht die Stirn. Sie war und ist bemüht, sich der bürgerlichen Gesellschaft in Verhaltensformen wie Zielen anzupassen. In der Weimarer Republik glaubte sie sich von den Bolschewisten, heute glaubt sie sich von allen Kommunisten abgrenzen zu müssen. Die Sozialdemokratie zieht vor, aus Angst zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden, Materie des einen Mühlsteins zu werden. In unserem gespaltenen Land gerät man leicht in die Mühlsteinsituation, wenn man schwach ist.

Traurig ist, daß die sozialdemokratische Partei nicht in der Lage ist, sich von der formalen, bürgerlichen Demokratie ebenso abzugrenzen wie von dem formalen, bürokratischen Sozialismus in der DDR, d. h. daß sie nicht in der Lage ist, eine eigene sozialistische Politik zu verfolgen. Sozialistische Ziele, angeblich veraltet, werden aufgegeben, allein um beim Bürgertum als demokratisch und bündnisfähig anerkannt zu werden. Bis dieses ihr für ihre Bemühungen einen Fußtritt verabfolgt — Parteitag der CDU März 1964.

Das Luxemburg-Zitat kann also nicht nur auf die bürgerliche Demokratie, sondern muß sinngemäß auch auf die Sozialdemokratie angewandt werden.

Diese pessimistische Ausgangsposition berechtigt keineswegs zu folgendem bequemen Schlußfolgerungen:

Der Sozialismus ist diffamiert. — Wir können nichts machen — der Aufwand lohnt nicht — die geschichtliche Entwicklung ist gegen uns —.

Denn dann hätte es nie Fortschritt gegeben. Alle Vertreter des Neuen waren in ihrer Zeit anfangs in der Minderheit — bis sie zur Mehrheit wurden. —

Vor einigen Tagen konnte man in den Zeitungen lesen, daß der DGB und die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände versuchen „auf einigen wirtschaftspolitischen Gebieten die Grundlage für eine Zusammenarbeit beider Verbände zu legen“, und, „daß es darauf ankomme, daß Bewußtsein beider großer Verbände mit dem Ziel zu stärken, daß sie eine große Mitverantwortung für die gesamte Wirtschaft haben“. Mitverantwortung so verstanden, „daß sie in gemeinsam interessierenden Fragen, auch gemeinsame Stellungnahmen veröffentlichen“. (Frankfurter Rundschau, 20-3-64)

Durch eine solche Konzeption der Gewerkschaften werden sich ihre Schwierigkeiten in den Betrieben, wie Max von der Grün sie in seinem Roman „Irrlicht und Feuer“ (Paulus-Verlag, Recklinghausen,

Buchbesprechung

16,80 DM) beschreibt nur noch verstärken. Denn wo im Großen widerstreitende Interessen zusammengefaßt werden, werden sich die Einflußmöglichkeiten der einfachen Gewerkschaftsmitglieder immer mehr verringern.

Max von der Grün schreibt: „Mit solchen Betriebsräten, wie wir sie haben, ist der Gewerkschaft nicht gedient, sie macht sich der Bestechlichkeit verdächtig. Vielleicht wird einmal die Zeit kommen, daß wir nicht mehr gegen die Unternehmer Front gehen müssen, sondern auch gegen unsere eigene Gewerkschaft . . . Unsere Vertreter werden zu mächtig, sie verschanzen sich noch dahinter, daß sie nur unser Bestes wollen, aber wer sagt, daß sie nicht ihr Bestes wollen. Sie wachsen sich zu Bürokraten aus, und wenn sie Bürokraten geworden sind, müssen wir uns mit dem Unternehmer verbinden, um sie von ihren Stühlen zu jagen. Der Gedanke, daß sie ihren Schreibtisch nur geliehen erhielten, kommt ihnen überhaupt nicht. Vielleicht sollten Gewerkschaftsvertreter keine Angestellten sein, sie müßten wie ein Parlament alle vier Jahre gewählt werden, nicht von den Gewählten, sondern vom Heer der Arbeiter. Aber auf Kegelabenden und in Skatrunden konspirieren sie ihre Posten aus, während der Arbeiter abseits steht, auf den Tarifvertrag vertraut, auf die Ehrlichkeit, die Lauterkeit, den selbstlosen Einsatz. Sollten einmal unter das Volk gehen und die fragen, die bei dem Wort Gewerkschaft eine wegwerfende Handbewegung machen. Sind viele geworden, die eine wegwerfende Handbewegung machen, es werden täglich mehr.“

Sicher ist die Kritik an den Gewerkschaften und Betriebsräten zu wenig differenziert — es gibt ja noch radikale Gewerkschaften und Betriebsräte, die die Interessen der Arbeiter vertreten. Aber eine Gewerkschaft, die die Befreiung des Arbeiters nicht mehr zum Ziel hat, die Ordnungsfaktor sein will und das Bestehende anerkennt, wird auf jede Wahrheit über sie, so reagieren wie die IG Bergbau auf diesen Roman. (Der IG Bergbau-Vorstand bezeichnete diesen Roman als antigewerkschaftlich.)

Max von der Grün schildert nicht nur die entfremdeten Beziehungen zwischen Gewerkschaftsbürokratie und dem einfachen, nur zahlenden Mitglied, sondern auch die Entfremdung der Menschen am Arbeitsplatz und die Entfremdung zwischen Frau und Mann als Resultat dieser Gesellschaft.

Es werden weiterhin Beispiele für die unbewältigte Vergangenheit, wie die unbewältigte Gegenwart des geteilten Deutschlands gegeben. Mit anderen Worten ist das Buch ein Spiegel der bundesrepublikanischen Wirklichkeit, aber eben nur ein Spiegel, d. h. eine realistische Wiedergabe.

Im La
schaft
bemül
Zielen
den B
grenze
schen
Mühls
leicht

Trauri
sich v
wie v
d. h. c
zu ve
gegeb
fähig
Fußtri
Das Lu
kratie,
wandt
Diese
folgen

Denn
Neuen
Mehr

Vor ein
und di
chen „
eine Zi
auf an
zu stär
Wirtsd
gemein
nahmer

Durch
Schwie
seinem

Wir wollen mit dem Abdruck des Textes der Internationale einen
früher öfter als heute geübten Brauch propagieren, daß politische
Veranstaltungen mit dem Singen eines Arbeiterliedes beendet wer-
den.

Warum sollte man bei der Landeskonferenz nicht beginnen?

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht, wie Glut im Kraterherde,
nun mit Macht zum Durchbruch dringt!
Reinen Tisch macht mit den Bedrängern,
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,
alles zu werden strömt zuhauf!

Völker hört die Signale, auf dem letzten Gefecht!
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.

Es rettet uns kein höhres Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun.
Leeres Wort: der Armen Rechte!
Leeres Wort: der Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte!
Duldet die Schmach nun länger nicht.

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Parteien.
Die Müßiggänger schiebt beiseite,
diese Welt muß unser sein!
Unser Blut sei nicht der Raben
und der mächtigsten Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonne ohne Unterlaß.

Die Internationale

Kalendarium

Zum Nachmittag des 1. Mai laden wieder einige Falkengruppen zu einer Veranstaltung ein, auf der Dr. Johannes Agnoli sprechen wird.

In der Zeit vom 24.—28. Mai werden auf Einladung unseres Verbandes 110 Tschechen in Berlin sein.

Während der Osterfeiertage waren 150 Mitglieder aller der im Wilmsdorfer Bezirksjugendring zusammengefaßten Jugendverbände an den Stätten nationalsozialistischen Unrechts in der CSSR. Damit hat zum erstenmal ein Berliner Jugendring eine Fahrt in ein Land Osteuropas durchgeführt.



Aufgelesenes

Christel Dittner berichtete im Spandauer „roten boten“ über die Gruppenabende der „Stütze des Kreises Spandau“, der Gruppe „mutig voran“: „... Besonders der Dezember-Abend über den § 218 und alles was damit zusammenhängt, wurde zu einem eindrucksvollen Erlebnis für uns alle. Frau Dr. Rexin verstand es ausgezeichnet, in sachlicher und trotzdem fesselnder Art über die heikelsten Fragen, die für manchen doch etwas ungewohnt waren, zu reden und über ihr spezielles Thema umfangreiches Wissen zu vermitteln. *Da in unserer Gruppe nur noch wenige Unverheiratete existieren*, gab es auch keinerlei Bedenken, dieses Thema in der Form zu besprechen...“



Randnotizen von ...



Der Genosse Gleitze übte jüngst Kritik an radikal Nr. 4. Er bezog sich auf Eugen und erteilte ihm den Rat, das Glossen schreiben sein zu lassen wenn er es nicht könnte. Eugen stimmt dem Genossen Gleitze ausnahmsweise zu, gibt aber zu bedenken, daß im Gegensatz zu gesprochenen Dummheiten einem gedruckte ewig vorgehalten werden können.

Deshalb bittet Eugen um der gleichen Chancen willen nun endlich die SJ regelmäßig erscheinen zu lassen und den Genossen Gleitze, öfter Artikel für dieses Blatt zu schreiben.

Eugen wird dann genug Anregungen haben, um die von ihm betreute Rubrik zu füllen.

Einige Forderungen an die Landeskonzferenz	Seite 1
Zur Situation des Landesverbandes	Seite 2
Kontinuität oder Starrheit	Seite 3
Parlamentarische Demokratie heute	Seite 5
Verselbständigung des Apparats	Seite 7
Lob des Lernens	Seite 10
Über das Motto der Landeskonzferenz	Seite 11
Buchbesprechung	Seite 12
Die Internationale	Seite 14
Kalendarium, Aufgelesenes, Eugen	Seite 15

Inhaltsverzeichnis

„radikal“ erscheint zweimonatlich, herausgegeben vom Arbeitskreis für Publizistik im Landesverband Berlin der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“. Der Redaktion gehören an: Peter Bischoff, Hans Gellhardt, Günter Mayer, Elke Sahnwald und Barbara Teller. „radikal“ wird gedruckt in der Oifizin des Arbeitskreises, Berlin 61. Preis je Heft 0,50 DM, im Jahresabonnement (6 Hefte) 3,50 DM.

Postscheckkonto: Elke Sahnwald, Berlin West 1779 91

Zuschriften und Bestellungen an:

Peter Bischoff, 1 Berlin 37, Sven-Hedin-Straße 54